
Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Tierärzte, Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, beratende Ingenieure, Journalisten sowie die Angehörigen der freien Kulturberufe prägen unsere Gesellschaft, den Mittelstand und die Wirtschaft in besonderem Maße. Sind die einzelnen Berufe auch noch so verschieden, die Freiberuflichkeit verbindet sie in einem wesentlichen Punkt: Sie alle sind dem Gemeinwohl verpflichtet und erbringen Dienstleistungen, die sie allein verantworten müssen. Dabei sind die Freiberufler an ethische Grundsätze gebunden und engagieren sich für den Schutz von Menschen, die der Unterstützung der Gesellschaft bedürfen. Deshalb haben die Freien Berufe, unabhängig von ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung, auch eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe.

Der Landesverband der Freien Berufe Sachsen e. V. als ein Vertreter dieser Freien Berufe hat im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 Kurzpositionen formuliert. Die Grundlage dafür bildet eine Vorarbeit des BFB.

Freiberuflichkeit erhalten und schützen

Die Freiberuflichkeit garantiert eine eigenverantwortliche, kosteneffiziente und fachlich unabhängige Erbringung von hoch qualifizierten Leistungen im Interesse der Allgemeinheit. Der LFB fordert, dass die Bundesregierung in der 19. Legislaturperiode die Befugnisse und die Entwicklung des Dienstleistungssektors in ihrer Politik stärker als bisher berücksichtigt, EU-Eingriffe kritisch prüft und den Dialog mit den Freien Berufen intensiviert.

Selbstverwaltung stärken

Als Garant für Freiberuflichkeit sind die demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen zu erhalten und zu stärken. Berufspflichten und ethische Normen müssen von den Berufen selbst definiert werden. Freiberufliche Selbstverwaltung und die Freiheit der Berufsausübung bedingen einander. Die Stärke des Systems der Selbstverwaltung liegt in der hohen fachlichen Kompetenz, der Praxisnähe und dem funktionierenden Interessenausgleich im Sinne einer gesellschaftlichen Gesamtverantwortung. Der LFB fordert, der Selbstverwaltung ausreichend Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu geben, um weiterhin gemeinwohlorientiert die gesetzlichen Aufträge eigenverantwortlich erfüllen zu können.

Freiberuflichen Rechtsrahmen im Dienstleistungsbinnenmarkt stärken

Das Regulierungssystem für die Freien Berufe in Deutschland ist so konzipiert, dass Wettbewerb bei freiberuflichen Dienstleistungen auch an der Qualität gemessen wird und nicht (allein) nach dem Preis erfolgt. Das Berufsrecht der Freien Berufe ist zudem im europaweiten Vergleich ohnehin bereits ausgesprochen praxisingerecht und verbraucherorientiert. Der LFB fordert, keine weiteren Eingriffe in die Systeme der Freien Berufe vorzunehmen. Insbesondere nicht den gewachsenen Leistungswettbewerb einem schrankenlosen Preiswettbewerb zu opfern. Er fordert weiterhin, die funktionierenden, dem Verbraucherschutz und der Qualitätssicherung dienenden Elemente im Kern zu erhalten und die Identität der Freien Berufe während weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch die Tätigkeit von Angehörigen der Freien Berufe als Einzelunternehmer in eigener Verantwortung. Der Zutritt von ausschließlich am Profit orientiertem Fremdkapital in den Bereich der Freien Berufe stellt die Gemeinwohlverpflichtung in Frage und muss deshalb verhindert werden. Mit Blick auf die europäischen (De-)Regulierungsmaßnahmen fordert der LFB die Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes und die Unterbindung von europäischen Normungs- und Standardisierungsvorhaben.

Nachhaltigkeit in der Sozialversicherung stärken

Der LFB fordert weiterhin den Erhalt der bewährten und funktionierenden berufsständischen Versorgungswerke der Freien Berufe sowie von einer undifferenzierten und obligatorischen Pflichtversicherung für Selbständige abzusehen bei gleichzeitiger Beibehaltung des Drei-Säulen-Systems in der Altersvorsorge.

Digitalisierung freiberuflergerecht ausgestalten

Eine Voraussetzung für eine Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Sachsen ist eine praxisgerechte Gestaltung der Digitalisierung. Dazu bedarf es einer modernen technischen Infrastruktur, die einen schnellen und sicheren Datentransfer ermöglicht. Der LFB fordert die Schaffung einer leistungsfähigen, sicheren und flächendeckenden digitalen Infrastruktur unter Wahrung des erforderlichen Sicherheitsniveaus. Dazu gehört auch ein moderner, möglichst EU-weiter einheitlicher, rechtssicherer und praxistauglicher Datenschutz, um das Spannungsfeld zwischen Digitalisierung und dem Schutz des einzelnen Bürgers und seiner personenbezogenen Daten zu entladen. Es muss unbedingt auch ein modernes und austariertes Urheberrecht geschaffen werden, bei dem geistiges Eigentum ausreichend geschützt, der Zugang der Allgemeinheit zu Informationen gewahrt und die Lebensgrundlagen der Urheber mit ihren kreativ-schöpferischen Leistungen gesichert werden.

Fachkräftebedarf sichern

Bei der Erbringung freiberuflicher Dienstleistungen kommt es entscheidend auf die Kompetenz an, was nicht nur für die Berufsträger selbst, sondern auch im Assistenzbereich gilt. Mit der voranschreitenden Digitalisierung als Teil des technischen Fortschritts und mit dem demographischen Wandel wächst bei den Freien Berufen der Bedarf an Fachkräften, um auch zukünftig in bewährter Weise qualitativ hochwertige Dienstleistungen anbieten zu können. Unabdingbare Voraussetzung für die Fachkräftesicherung ist ein Schul- und Ausbildungssystem, das entsprechende Kompetenzen vermittelt bzw. auf den Erwerb dieser Kompetenzen bestmöglich vorbereitet. Der LFB fordert, die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik stärker auf die zukünftig erforderlichen Kompetenzen und Qualifikationen auszurichten, die Attraktivität der dualen Ausbildung weiter zu stärken, indem beispielsweise die Ausbildungs- und Fortbildungsverordnungen inhaltlich, wo geboten, modernisiert werden und die Einführung eines aussagekräftigen Fachkräfte-Monitoring, das die Identifizierung regionaler und fachlicher Engpässe ermöglicht.

Besteuerung von Freiberuflern nicht verschärfen

Freie Berufe sind im aktuellen Steuersystem, höchstrichterlich abgesichert, anders positioniert als gewerbliche Unternehmen. Über die Einkommensteuer leisten sie ihren Beitrag zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben. Der LFB fordert, die Freien Berufe auch weiterhin von der Gewerbesteuer auszunehmen und von der Wiedereinführung einer substanzverzehrenden Vermögensbesteuerung abzusehen.

Bürokratieabbau vorantreiben

Schon heute haben die Freien Berufe mit einer erheblichen bürokratischen Belastung zu arbeiten. Der LFB fordert, geplante gesetzliche Neuregelungen oder Änderungen immer auf ihre bürokratischen Auswirkungen zu überprüfen und den Bürokratieabbau mit Blick auf die Belange der Freien Berufe weiter zu intensivieren.

Verschwiegenheitspflichten der Freien Berufe respektieren

Der Gesetzgeber regelt die Verschwiegenheitspflichten mit nicht nachvollziehbaren Unterschieden bei zum Beispiel Anwälten und Ärzten. Der LFB fordert, die Verschwiegenheitspflichten der Freien Berufe zu respektieren und einem einheitlich stufenlosen Schutz im Rahmen des § 160a StPO zuzuführen.

Ehrenamtliches Engagement unterstützen

In Kammern und Verbänden der Freien Berufe engagieren sich eine Vielzahl von ehrenamtlich Tätigen, was nicht zuletzt dem Staat und der Gesellschaft zu Gute kommt. Dieses Engagement gilt es, auch zukünftig attraktiv auszugestalten. Der LFB fordert, für das ehrenamtliche Engagement auch zukünftig die Umsatzsteuerbefreiung zu erhalten.

Hintergrund LFB Sachsen

Der Landesverband der Freien Berufe Sachsen e.V. wurde 1990 gegründet und vertritt derzeit 17 Verbände und Körperschaften einzelner Freier Berufe in Sachsen, denen insgesamt über 35.000 Freiberufler angehören. Der LFB Sachsen ist Mitglied im Bundesverband der Freien Berufe (BFB).